

Der Islam in Deutschland als politisch-ideologischer Spaltungsfaktor

Hartmut Krauss am 27.3.2018

Gehört der Islam zu Deutschland als positiv zu akzeptierender Faktor und verdient aufgrund seiner angeblich nahtlosen bzw. unproblematischen Integrierbarkeit in eine säkulardemokratische Gesellschafts- und Lebensordnung den Deckungsschutz der "Religionsfreiheit"? Oder handelt es sich beim Islam um eine vormoderne grund und menschenrechtswidrige Weltanschauung, die mit den Prinzipien einer säkulardemokratischen Gesellschafts- und Lebensordnung nicht nur unvereinbar, sondern dieser sogar diametral entgegengesetzt ist und deshalb nicht a priori unter den unaufgeklärten Deckungsschutz der "Religionsfreiheit" gestellt werden darf? Große Teile der politischen Klasse und der mit ihnen verbündeten Medien vertreten die erstgenannte Position, große Teile der Bevölkerung neigen der zweiten Position zu, die in einigen wissenschaftlichen Publikationen explizit ausgearbeitet wurde.¹

Nun ist es bei dieser brisanten Fragestellung natürlich nicht so, dass die öffentliche Debatte darüber nach den idealistischen Fiktionen des "herrschaftsfreien Diskurses" abläuft, sondern vielmehr nach den wüsten Wildwestregeln und zum Teil demagogischen Inszenierungen eines neuartigen und asymmetrisch strukturierten ideologischen "Klassenkampfes", in dessen Rahmen nach wie vor die Gedanken der Herrschenden die herrschenden Gedanken sind (Marx).

An erster Stelle ist hier der Tatbestand hervorzuheben, dass eine global und institutionell weit verzweigte Islamlobby es geschafft hat, mit staatlicher und medialer Unterstützung ein zwar höchst irrationales, aber sehr wirkungsmächtiges "**Feindbild Islamkritik**" zu installieren. Dabei handelt es sich um eine allgegenwärtige Drohkulisse, in deren Rahmen jede kritischreflektierende Auseinandersetzung mit dem Islam sofort in die Verdachtszone des "Rassismus" und der "Fremdenfeindlichkeit" gezerrt oder als "Islamophobie" gebrandmarkt wird.

"Islamfeindlich ist jeder, der den Islam als feindliche und aggressive Religion ansieht". Mit diesem antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Gesinnungsdiktat, das im Endeffekt darauf hinausläuft, jede Form inhaltsbezogener Islamkritik als illegitim zu diskriminieren und tendenziell zu kriminalisieren, zitierte die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD). (NOZ vom 21. Juni 2013, S. 5)

Im Grunde erfüllt dieses allgegenwärtige Gesinnungsdekret lediglich die Vorgaben der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), der zentralen muslimischen Institution, die den globalen Herrschaftsanspruch des Islam in der Gegenwart vertritt. Denn seit Jahren ist die OIC auf zahlreichen internationalen Konferenzen immer wieder eifrig darum bemüht, die westlichen Medien auf eine islamgerechte Berichterstattung zu verpflichten und islamkritische Äußerungen konsequent zu unterdrücken. So betonten die Oberhäupter der OIC-Staaten auf der dritten außerordentlichen Sitzung des Islamischen Gipfels in Mekka am 7./8. Dezember 2005 die Notwendigkeit, die Islamophobie "zu bekämpfen und auszurotten als ein Verfahren, das die Qualität des gegenseitigen Verstehens zwischen den verschiedenen Kulturen verbessert" (zit. n. Bat Ye'or 2013, S. 49).

Wer folglich mit den islamischen Ländern ins Geschäft kommen will, muss deren Wünsche berücksichtigen. Und so widerspricht eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam ganz und gar den ökonomischen Interessen jener einflussreichen Großunternehmen mit ihren ebenso üppigen wie politisch relevanten Stiftungen und Spendengeldern, die Großaufträge und

Geschäfte mit islamischen Handelspartnern und Kapitalanlegern abschließen wollen bzw. abgeschlossen haben. Besonders traurige Kapitel sind hier die ökonomischen Verflechtungen zwischen dem deutschen und österreichischen Kapital und der iranischen Gottesdiktatur oder die Rüstungsexportabkommen mit den arabischen Golfmonarchien Saudi Arabien und Katar².

Andererseits ist die Diskursmacht der kritischen Islamanalyse, d.h. ihre Fähigkeit und Möglichkeit, angesichts einer überwältigenden Fakten und Ereignislage größere Teile der Gesellschaftsmitglieder von der Richtigkeit und Angemessenheit ihrer Positionen und Einsichten zu überzeugen, in der letzten Zeit zweifellos gewachsen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei das Internet als basisdemokratisches Informations- und Kommunikationsforum einer kritischen Gegenöffentlichkeit. Im Kontext dieses Mediums ist es gelungen, die selektiven Informationsblockaden, Ausgrenzungsregeln und Bewertungsklischees der postdemokratischen Mainstream-Medien zu konterkarieren und ein Stück weit zu überwinden. Im Rahmen der "Flüchtlingskrise" bzw. der irregulären Masseneinwanderung von primär muslimischen Gruppen und den daraus resultierenden sozialökonomischen, soziokulturellen und sicherheitspolitischen Problemlagen haben die Auseinandersetzungen noch einmal an Schärfe und Dynamik hinzugewonnen und die Hegemonie der proislamischen Kräfte deutlich erschüttert.

¹ Siehe Gopal, Krauss, Nagel, Raddatz, Schachtschneider, Ibn Warraq.

² Siehe hierzu näher Adamek

Widerspruch zwischen politischmedialem Islambild sowie der Flüchtlingspolitik einerseits und den Einstellungen der Mehrheit der Staatsbürger andererseits

Zuletzt hat der neue Innenminister Seehofer mit seiner Aussage "Nein. Der Islam gehört nicht zu Deutschland" Öl ins ohnehin fortlaufend lodernde Feuer der Islamdebatte gegossen und damit Streit innerhalb der politischen Klasse ausgelöst. Dass er damit seinem Image als Papiertiger entgegenwirken wollte, mag so sein. Tatsache ist jedenfalls, dass nach einer repräsentativen Umfrage, die exklusiv vom Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag von WELT erhoben wurde, 76 Prozent der Deutschen Seehofers Aussage beipflichteten. "Stimme vollkommen zu" sagten 61 Prozent, 15 Prozent entschieden sich für "stimme eher zu". Selbst bei den Sympathisanten der SPD (51 Prozent) sowie der Linken (57 Prozent) findet die Aussage eine mehrheitliche Zustimmung. Nur die Anhänger der Grünen widersprechen Seehofers Aussage mehrheitlich (57 Prozent). In Ostdeutschland befürworteten 79 Prozent die Aussage, im Westen sind es 76 Prozent.³

Schon 2015 hatten bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 63 Prozent die Meinung vertreten, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, 22 Prozent waren der gegenteiligen Ansicht und 15 Prozent waren unentschieden oder machten keine Angabe⁴.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass sich im Gegensatz zur islamkritikfeindlichen Dauerpropaganda in Politik und Medien bei der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder eine sehr stabile kritischskeptische Haltung gegenüber dem Islam herausgebildet und verfestigt hat. Ursache hierfür sind nicht etwa die vielfach beschworenen "Vorurteile"; vielmehr liegt dieser Bewusstseinsbildung eine Synthese aus Nachrichten, Informationen, Beobachtungen, Alltagserfahrungen und Kenntnissen zugrunde. Eine wesentliche verstärkende Rolle spielen hierbei natürlich auch die objektiven Radikalisierungstendenzen innerhalb der islamischen Herrschaftskultur in Gestalt zahlreicher muslimischer Terrorgruppen mit ihren weltweiten Anschlägen. Darüber hinaus führt das massenhafte Einströmen von islamisch geprägten und normierten Zuwanderern leicht nachvollziehbar zum Anwachsen des Personenpotenzials des innergesellschaftlichen Islamisierungsprozesses in europäischen Ländern wie Deutschland, Österreich und der Schweiz. D.h. der Druck der Ausbreitung vormodernreligiöser Herrschaftskultur wird enorm verstärkt, was sich natürlich auch in den Einstellungen der ungefragten bzw. "genötigten" Bevölkerung niederschlägt.

Schon im Mai 2006 sagten 91 Prozent der Befragten, sie dächten bei dem Stichwort Islam an die Benachteiligung von Frauen; im Jahr 2004 hatten 85 Prozent so geurteilt. Die Aussage, der Islam sei von Fanatismus geprägt, teilten 2004 75 und 2006 83 Prozent. Der Islam sei rückwärtsgerichtet, sagten 2006 62 im Vergleich zu 49 Prozent 2004. Er sei intolerant, meinten 2006 71 gegenüber 66 Prozent 2004, und die Ansicht, der Islam sei undemokratisch, hatte von 2004 auf 2006 von 52 auf 60 Prozent zugenommen. Die Eigenschaft Friedfertigkeit bescheinigten dem Islam gerade acht Prozent der Deutschen (FAZ vom 17. Mai 2006, S. 5). 65 Prozent rechneten damit, dass es in Zukunft zu Konflikten zwischen der westlichen und der arabischmuslimischen Kultur kommen werde. "58 Prozent der Befragten erwarten heute (2006, H.K.), daß es zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung in Deutschland kommen werde, nur noch 22 Prozent widersprechen ausdrücklich" (ebenda).

2012 ergab eine Allensbach-Umfrage folgendes Bild: "Das allgemeine Image des Islam ist verheerend. Die Befragten wurden gebeten, unter 21 Aussagen diejenigen auszuwählen, die ihrer Ansicht nach auf den Islam zutreffen. 83 Prozent meinten daraufhin, der Islam sei von der Benachteiligung der Frau geprägt, 77 Prozent meinten, typisch für den Islam sei das Festhalten an althergebrachten Glaubensgrundsätzen, 70 Prozent assoziierten mit dem muslimischen Glauben Fanatismus und Radikalität. Deutliche Mehrheiten der Bevölkerung attestierten dem Islam darüber hinaus unter anderem Gewaltbereitschaft (64 Prozent), die Neigung zu Rache und Vergeltung (60 Prozent), missionarischen Eifer (56 Prozent) und das Streben nach politischem Einfluss (56 Prozent). Nächstenliebe brachten nur 13 Prozent mit Islam in Verbindung, 12 Prozent dachten beim Stichwort Islam an Wohltätigkeit und nur 7 Prozent an Offenheit und Toleranz."⁵

In einer Studie von 2016 (allerdings mit Bezug auf Datenmaterial aus 2010) wurde festgestellt, dass 82% der deutschen Bevölkerung den Islam mit der Benachteiligung der Frau, 72% mit Fanatismus und 64% mit Gewaltbereitschaft assoziieren.⁶

Im Mai 2016 kam eine Umfrage von Infratest-dimap zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit von 58 Prozent der Meinung sei, dass sich die etablierten Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und FDP nicht ausreichend darum kümmern, dass Sorgen und Bedenken gegenüber dem radikalen Islam ernst genommen werden. 38 Prozent der Befragten waren in dieser Hinsicht mit den etablierten Parteien zufrieden. Gut jeder zweite Deutsche (52 Prozent) war der Umfrage zufolge zudem besorgt, dass wegen der Flüchtlinge der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird. 47 Prozent teilten diese Sorge nicht. Darüber hinaus hatten 72 Prozent der Befragten die Befürchtung, dass es in Deutschland einen terroristischen Anschlag geben wird.⁷

³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article174691833/IslamAussage76ProzentderDeutschenstimmenHorstSeehoferzu.html>

⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article147280667/FuerdiemeistengehoertderIslamnichtzuDeutschland.html>

⁵ http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbachstudiediefurchtvordemorgenlandimabendland11966471/vorallemdiebenachteiligung11966757.html#otobox_1_1966471

⁶ https://www.unimuenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_rkeist_mmiger.pdf (S.18)

⁷ http://www.tonline.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_77817676/deutschlandislamablehnungistlautumfragesogrosswienie.html

Die proislamisch-staatsnah ausgerichtete Bertelsmann-Stiftung, die eine Kritik am Islam gar nicht erst zulässt, sondern etikettierungstechnisch unversehens in "Islamfeindlichkeit" umbiegt, musste 2015 zu ihrer Überraschung feststellen, "dass die politische Einstellung und Bildung der Befragten kaum einen Einfluss auf ihr Islambild haben. So fühlen sich Bürger, die sich politisch links oder mitte-rechts zuordnen, am stärksten vom Islam bedroht. Nur bei Hochschulabsolventen sinkt die Feindlichkeit laut Erhebung etwas. Allerdings sagen auch in dieser Gruppe noch 46 Prozent, der Islam sei bedrohlich; 40 Prozent sind der Meinung, die Religion passe nicht in die westliche Welt. Das zeigt, dass Islamfeindlichkeit durchaus salonfähig ist selbst bei den Hochgebildeten. Der Islam werde dort vielmehr als Ideologie denn als Religion wahrgenommen, sagt Expertin El-Menouar."⁸

Eine Studie der italienischen Forschungsinstitute Demos & Pi und Osservatore di Pavia, die im Auftrag der Stiftung Unipolis im Januar 2015 jeweils 1.000 Menschen in sechs EU-Ländern befragten, kam zu dem Ergebnis, dass mehr als 75 Prozent der Befragten in Deutschland ein schlechtes Bild vom Islam haben. In Großbritannien waren das hingegen nur rund 38 Prozent, in Frankreich etwa 37 Prozent.⁹

Im Sommer 2016 hatte das Meinungsforschungsinstitut You-Gov in einer repräsentativen Umfrage 1.017 Bürgern die Frage gestellt: "Wie stehen Sie dazu, dass Merkel in Bezug auf die hohe Zahl der Flüchtlinge und deren Aufnahme und Versorgung in Deutschland mehrfach gesagt hat: Wir schaffen das?" Das Ergebnis fiel sehr klar und eindeutig aus: 66 Prozent stimmten ihr nicht zu, davon 48 Prozent "ganz und gar nicht" und 18 Prozent "eher nicht". "Ganz und gar" stimmten Merkels Satz auf der anderen Seite lediglich acht Prozent zu und 18 Prozent stimmte ihm "eher zu".¹⁰

Eine repräsentative Umfrage der Initiative Markt und Sozialforschung, die im September 2016 durchgeführt wurde, stellte fest, dass über 60 Prozent der Deutschen ihr Land zwar als Einwanderungsland sähen, gleichzeitig aber 90 Prozent der Menschen der Meinung seien, dass die Zahl der pro Jahr aufgenommenen Flüchtlinge begrenzt werden solle. 81 Prozent der Befragten sprachen sich für die Wiedereinführung von Kontrollen an den deutschen Grenzen aus, fast jeder Zweite (46 Prozent) befürwortete dies entschieden. 69 Prozent befürworteten

die Forderung nach einem sofortigen Aufnahmestopp, nur drei Prozent weniger als 2015, dem bisherigen Höhepunkt der irregulären Masseneinwanderung. "Die Frage, ob die Bedrohung durch Hunger und Armut als Asylgrund anerkannt werden sollte, verneinen die Deutschen der Studie zufolge mehrheitlich. Knapp 53 Prozent seien dagegen, etwa 47 Prozent dafür. 2015 stimmten die Deutschen noch mehrheitlich zu (52 Prozent). Tendenziell sinke die Zustimmung mit steigendem Alter und geringerem Bildungsniveau."¹¹

Welche "Einkommens- und Bildungsklasse" hinter der Flüchtlingspolitik des Merkel-Lagers steht, erhellt dieser Befund: "Angesichts des Flüchtlingsstroms nach Europa sagen 78 % der Führungsspitzen des ‚Capital-FAZE-lite-Panels‘, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen kann als bisher. Eine Mehrheit von 77 Prozent rechnet nicht damit, dass der Flüchtlingsstrom in absehbarer Zeit in den Griff zu bekommen ist.

Die australische Methode, Flüchtlinge vor der eigenen Küste konsequent abzuweisen, ist für mehr als drei Viertel der Elite (77 Prozent) kein gangbarer Weg in Europa. 55 Prozent der Top-Entscheider glauben nicht, dass Schlepperbanden erfolgreich bekämpft werden können, indem mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden."¹²

Das britische Institut für internationale Angelegenheiten "Chatman House" fragte zwischen dem 12. Dezember 2016 und dem 11. Januar 2017 10.195 Personen in 10 europäischen Länder nach ihrer Einstellung zu folgender Aussage : "Jede weitere Migration aus hauptsächlich muslimischen Ländern sollte gestoppt werden". Insgesamt stimmten 55 Prozent der Aussage zu, 25 Prozent äußerten sich unentschieden und 20 Prozent lehnte die Aussage ab. Mit Ausnahme von zwei der zehn Staaten ergaben sich Zustimmungsmehrheiten, von 71 Prozent in Polen, 65 Prozent in Österreich, 53 Prozent in Deutschland und 51 Prozent in Italien bis 47 Prozent im Vereinigten Königreich und 41 Prozent in Spanien. In keinem Land überstieg der Prozentsatz, der nicht übereinstimmte bzw. die Aussage ablehnte, 32 Prozent.¹³

Nach einer Insa-Umfrage vom August 2017 lehnen 58,3 Prozent der Befragten den gesetzlich vorgesehenen Familiennachzug von Flüchtlingen ab; 41,7 Prozent stimmen ihm zu.

Bei näherer Betrachtung zeigte die Umfrage, dass deutlich mehr Frauen (62,1 Prozent) als Männer (54,5 Prozent), deutlich mehr Ostdeutsche (66,8 Prozent) als Westdeutsche (56,5 Prozent) und deutlich mehr Befragte mittleren Alters von 40 bis 49 Jahren (69,2 Prozent) als Befragte zwischen 18 und 29 Jahren (49,1 Prozent) den Familiennachzug ablehnen.¹⁴

⁸ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamstudiemuslimintegrierensichdeutscheschottensichaba1011640.html>

⁹ http://www.tonline.de/finanzen/boerse/news/id_73048516/ernuechterndestudiemehralseindrittelderdeutschenwilleuroaustritt.html

¹⁰ http://www.tonline.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_78917652/deutschlandeinlandvollersorgenstimmungmieswienach911.html

¹¹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159400789/MehrheitderDeutschenlehntFluechtlingspolitikab.html>

¹² <https://www.presseportal.de/pm/8185/3077605>

¹³ <https://www.chathamhouse.org/expert/comment/whatdoeuropeansthinkaboutmuslimmigration>

¹⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168126248/MehrheitderDeutschenlehntFamiliennachzugvonFluechtlingenab.html>

Dass Jüngere und Personen mit formal höherem Schulabschluss im Durchschnitt proislamischer und unkritischer im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik eingestellt sind, hängt zum einen mit dem inhaltlichen Bildungsverfall und zum anderen mit der ideologischen Manipulation zugunsten der unkritischen Akzeptanz nichtwestlicher Herrschaftskulturen sowie der Schönfärbung von Islamisierung als "Weltoffenheit" zusammen, wie sie bereits besonders intensiv im Schulsystem als neue "Tugenden" eindressiert werden. Vgl. Krauss 2014 und 2017a.

Groteske Umdeutung der Rechts-Links-Achse als ideologische Herrschaftsstrategie.

Um ihre postdemokratische Machtposition gegenüber der islam- und zuwanderungskritischen Einstellungsmehrheit trotz dieses nachhaltigen Konsensbruchs zwischen Regierenden und Staatsbürgern aufrechtzuerhalten, greift das politischmediale Herrschaftskartell zum Mittel der gezielten Verleumdung (Anheften herabsetzender Etiketten) und hetzerischen Verkehrung realer Sachverhalte. So wird zum Beispiel die berechnete Ablehnung von islamisch grundierten Verhaltensweisen wie Kinderheirat, Polygamie, Zwangsverheiratung, Ehrenmorde, Halal- und Haramregeln, vormodernpatriarchalischer Geschlechterdiskurs, Hass auf und Verachtung von Ungläubige(n), Homophobie, Antijudaismus und Israelfeindlichkeit, eine höhere Gewaltbereitschaft, herrenmenschliche Attitüden, sittenterroristisches Auftreten von muslimischen Schülern u.v.m. schlicht in "Rassismus" umgefälscht und von speziellen als "Antifa" verkleideten Gangs "straßenaggressiv" in Anschlag gebracht. Dabei benutzen die ideologischen Sachwalter der postmodernen "Elite" das klassische Rechts-Links-Schema, um Verwirrung zu stiften und praktischkritische Widerstandsimpulse zu ersticken. Wer sich der neuen kapitalistischen Verbündungsstrategie mit nichtwestlichdespotischen Herrschaftsträgern und deren religiösen "Leitkulturen" widersetzt und den wachsenden Migrationsimport zusätzlicher reaktionärer Denk und Verhaltensweisen kritisiert, wird als "rassistisch", "fremdenfeindlich", "rechtslastig", "islamophob" etc. gebrandmarkt. Wer demgegenüber als willfähriger Unterstützer und Schönredner eingewandeter Repressionskulturen fungiert und deren totalitäre Ideologien verharmlost, gilt in moralischer Ausbeutung einer noch nachwirkenden naiv-unkritischen Multikulturalismusideologie als "fortschrittlich", "aufgeschlossen" bzw. als "toleranter Gutmensch".

Dabei gilt es, dieser perfiden Verleumdungsstrategie Folgendes entgegenzuhalten: Sie, die als "bunt" und "weltoffen" verkleideten Islamkomplizen sind die wahren Verräter der kulturellen Moderne. Sie sind diejenigen, die die Werte und Prinzipien der Aufklärung mit Füßen treten. Sie sind es, die mit ihrer Tür und Toröffnung für eine militant antiaufklärerische und rückschrittliche Einstellungs- und Lebensweise orientalischislamischer Machart die Zerstörung der europäischen säkularen Gesellschafts- und Lebensordnung vorantreiben.

Deshalb ist es auch falsch, sich unter dem Eindruck der politischmedialen Zuchtrute auf einseitige Abgrenzungsrituale einzulassen, wie das von manchen Vertreterinnen und Vertretern einer "Islamkritik light" praktiziert wird, die zudem immer wieder mit dem verfehlten und desorientierenden Konstrukt eines "politischen Islam" unterwegs sind. Zwar ist das Auftreten tatsächlich rechtsextremer Kräfte zu verurteilen, die aus dem Islamthema Honig für ihre generell ausländer- und fremdenfeindliche sowie autoritärchauvinistische oder christlichfundamentalistische Propaganda saugen wollen. Doch diese einheimischen Gegner der Aufklärungskultur werden von den ebenso, wenn auch andersartig reaktionären Unterstützern und Quislingen des grund und menschenrechtswidrigen Islam als Popanz immer wieder gerne instrumentalisiert, um generell auch die fortschrittlichdemokratische Islamkritik als "rassistisch", "islamophob" etc. zu verleumden¹⁵. Verglichen mit den grundsätzlich fremdenfeindlichen Trittbrettfahrern der Islamkritik stellen mittlerweile jene Akteure aus den Lagern der etablierten Parteien, die den grund und menschenrechtswidrigen Charakter des Islam leugnen, der Islamisierung Tür und Tor öffnen und mit den Islamverbänden politisch und ideologisch paktieren, eine gesellschaftspolitisch mindestens genauso so große Gefahr dar. Sich nur von den einheimischen rechtsextremen Trittbrettfahrern abzugrenzen, aber eine klare und explizite Distanzierung von den Unterstützern und Kollaborateuren der islamischen Herrschaftskultur in den etablierten Parteien und Organisationen zu vermeiden, ist angesichts der realen Problemlage absolut verfehlt. Gerade der auf Expansion angelegte Islam mit seinen herrschaftsideologisch-antiemanzipatorischen Kerninhalten und seinen ultrareaktionären Protagonisten und Unterstützern stellt heute innen wie außenpolitisch die totalitäre Hauptgefahr dar.

Literatur:

Adamek, Sascha: Scharia-Kapitalismus. Den Kampf gegen unsere Freiheit finanzieren wir selbst. Berlin 2017.

Bat Ye'or: Europa und das kommende Kalifat. Der Islam und die Radikalisierung der Demokratie. Übersetzung, Hintergründe und Kommentierung von Hans-Peter Raddatz. Berlin 2013.

Gopal, Jaya: Gabriels Einflüsterungen. Eine historischkritische Bestandsaufnahme des Islam. 2. erweiterte Auflage Freiburg 2006.

Krauss, Hartmut: Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme. Osnabrück 2008.

Krauss, Hartmut: Der Islam als grund und menschenrechtswidrige Weltanschauung. Ein analytischer Leitfadens. Osnabrück 2013.

Krauss Hartmut: Bildungsverfall als Ausdruck soziokultureller Krisenentwicklung. Ein Überblick. Osnabrück 2014.

¹⁵ Dabei ist an dieser Stelle auch zu betonen, dass das Personenpotenzial des eingewanderten Rechtsextremismus bereits deutlich größer ist als das des einheimischen Rechtsextremismus. Krauss 2017b.

https://www.achgut.com/artikel/der_zugewanderte_rechtsextremismus_in_deutschland

<http://www.hintergrundverlag.de/textekapitalismuskraussbildungsverfallalsausdrucksoziokulturellerkrisenentwicklung.html>

Krauss, Hartmut: Die politische Unterwerfung und ideologische Anpassung der Mehrheitsbevölkerung an die muslimische Massenzuwanderung. Osnabrück 2017a. <http://www.gamonline.de/textUnterwerfung.html>

Krauss, Hartmut: Der zugewanderte Rechtsextremismus in Deutschland. 2017b.

http://www.achgut.com/artikel/der_zugewanderte_rechtsextremismus_in_deutschland

Nagel, Tilman: Angst vor Allah? Auseinandersetzungen mit dem Islam. Berlin 2014.

Raddatz, Hans-Peter: Von Allah zum Terror? Der Djihaad und die Deformierung des Westens. München 2002.

Schachtschneider, Karl Albrecht: Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam. Berlin 2010.

Warraq, Ibn: Warum ich kein Muslim bin. Berlin 2004.
